

Nationalisierung des Petroleums in Peru

Autor(en): **Wylar, Seraphin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **43 (1964)**

Heft 3

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ausmaß, Hitler in Deutschland. Doch die Grundprinzipien sind die gleichen geblieben, auch wenn es heute im europäischen und atlantischen Maßstab markt­gängig ist, über Hitler ein Urteil zu fällen, das in den dreißiger Jahren wirksamer und vor allem mutiger gewesen wäre. In offiziellen Reden wird gerne und oft das parlamentarische System abgewertet und das Führerprinzip im nationalen Spanien betont. Man nennt den Aufstand gegen die republikanische Regierung von 1936 immer noch «Kreuzzug»; man fühlt sich noch immer als «Sieger», und diejenigen, die dieses System ablehnen, gehören zu den Besiegten. Ein kluger Mann der katholischen Kirche, zugleich auch Exponent des katalanischen Denkens, das im zentralisierten nationalen Staat Francos keinen Lebensraum findet, der Abt des Klosters Montserrat, Dom Escarré, hat kürzlich in einem Presseinterview ohne Umschweife erklärt, das Problem Spaniens bestände darin, daß es nur Sieger und Besiegte und keinen Frieden im Lande gebe. Und Serrano Suñer gehört natürlich zu den Siegern. Das veranlaßte ihn wohl auch, nun das Wort zu ergreifen, um sich von Hitler, nicht aber vom Faschismus zu distanzieren.

SERAPHIN WYLER, MEXIKO DF.

Nationalisierung des Petroleums in Peru

In der Nacht zum 1. November 1963 faßte der peruanische Kongreß (Senat und Deputiertenkammer) den einmütigen Beschluß, die *Petroleumkonzessionen* der *International Petroleum Corporation* in Peru «als illegal und Rechtens darum nicht bestehend» zu erklären. Der Präsident von Peru, *Fernando Belaúnde Terry*, hatte eine Woche vorher, am 25. Oktober 1963, vom Kongreß die Ermächtigung verlangt, die Petroleumindustrie zu nationalisieren. Dies für den Fall, daß laufende Verhandlungen mit der *International Petroleum Corporation* über einen größeren Ertragsanteil des peruanischen Staates an der Ausbeute nicht fruchtbar sein würden. Die «*International Petroleum Corporation*» in Peru ist eine Subsidiärgesellschaft der amerikanischen «*Standard Oil Company (New Jersey)*». Nach einer Associated-Preß-Meldung (AP) noch am Vortage des historischen Beschlusses der peruanischen Parlamentskammern hatten amerikanische «Funktionäre des Außenamtes in Washington Überraschung und Enttäuschung» geäußert darüber, «daß die neue Regierung von Peru die Nationalisierung des Petroleumbesitzes einer im Lande operierenden amerikanischen Gesellschaft studiere». In der gleichen Meldung wird daran erinnert, daß der neue peruanische Präsident, *Fernando Belaúndo Terry* bei seiner Amtsübernahme am 23. Juli 1963 von *Präsident Kennedy* herzlich beglückwünscht worden sei und daß der amerikanische Unterstaatssekretär (Vizeaußenminister), *Edwin M. Martin*, dazu

noch die Regierung Belaúndo Terry «als eine der fortschrittlichsten, welche Peru je gehabt» bezeichnet habe. Und weiter die AP-Meldung im Zitat: «Die Überstürzung der Ereignisse in Peru hat den Funktionären im amerikanischen Staatsdepartement große Überraschung bereitet, sie sind perplex über das, was die Maßnahmen von Präsident Belaúnde angerichtet haben. Die Expropriation, die Nationalisierung und andere Formen des Erwerbes amerikanischen Besitzes im Auslande ohne rasche und entsprechende Entschädigung könnte nach den amerikanischen Auslandhilfegesetzen zu einer Suspendierung der Hilfe an Peru verpflichten.» Offenbar blieb die von Interessen inspirierte Drohung in der als Beispiel für den Tenor zitierten Pressemeldung in Peru wirkungslos. Präsident Belaúnde Terry erklärte nach der Limaer Zeitung «El Correo» hiezu sofort: «Ein großes Land, wie die USA, kann nicht im Dienste einer privaten Gesellschaft stehen, wie bedeutend diese auch immer sei.» Diese gegenüber ausländischen Drohungen unerschütterliche Haltung des peruanischen Präsidenten machte sich am folgenden Tage auch der peruanische Kongreß zu eigen. Die amerikanischen Agenturmeldungen und Berichte konnten beim fortgeschrittenen Stand der Kontroverse kaum mehr Einfluß haben. Die Kombination von wirklichen Tatsachen in der als Beispiel zitierten Meldung, Kombination, welche in der speziellen Auswahl aber ein verstelltes Bild ergeben mußte, inklusive die Drohungen, hat die Peruaner nicht mehr beeinflussen und nicht beeindrucken können. Die aktiven Kräfte in der peruanischen Gesellschaft wußten um die wahre Wirklichkeit der speziellen und der allgemeinen Probleme Perus natürlich selbst zu genau Bescheid. Zum Verstehen des Vorganges in Peru und auch zum Verstehen vieler Vorgänge in Lateinamerika überhaupt, dürfte aber für eine weitere interessierte Öffentlichkeit die kurze, objektive Erklärung des Modellfalles «Peru und sein Petroleum» besonders geeignet sein.

Das Streitobjekt von schwarzem Gold

Die International Petroleum Corporation (Standard Oil Company, New Jersey) fördert rund 90 Prozent der gesamten peruanischen Erdölproduktion von rund 2,5 Millionen Tonnen jährlich. Verglichen mit den Jahresproduktionen an Erdöl von Saudi-Arabien mit rund 50 Millionen Tonnen, Kuwait 90 Millionen Tonnen und Venezuela mit rund 150 Millionen Tonnen, ist das Streitobjekt relativ nicht so bedeutend. Immerhin ist aber die peruanische Erdölförderung die größte irgendeines südamerikanischen Landes am Pazifischen Ozean. Dazu haben die umstrittenen nordperuanischen Ölfelder eine mindestens vierfache potenzielle Kapazität, wenn dort einmal nach dem heutigen Stand der Petroleumtechnik geschürft wird, das heißt genau gesagt, wenn dort normal voll investiert wird und man nicht mehr einfach «den Rahm oben abschöpft». Die vom peruanischen Kongreß nunmehr «als nicht bestehend,

illegal erklärte Konzession» umfaßt ein Gebiet von 1665 Quadratkilometern (643 sqm), welches im nördlichsten Teil des Staatsgebietes von Peru nahe am Pazifischen Ozean gelegen ist. Die Hauptausbeutestellen dieses im Departement Piura gelegenen Gebietes befinden sich bei den Orten Brea und Pariñas. Die für den Streitfall relevante erste Zuteilung des Gebietes von 1665 Quadratkilometern erfolgte vor langer, langer Zeit im Jahre 1826. Damals, kurz nach der Befreiung Perus von der spanischen Kolonialherrschaft (1821), stand für Peru das Problem der materiellen Abfindung von Leistungen privater Personen in seinem langjährigen Unabhängigkeitskriege. Im Jahre 1826 erhielt nun vom jungen peruanischen Staat ein um die nationale Befreiung des Landes besonders verdienter Patriot das heutige Gebiet von Brea und Pariñas als Entschädigung für seine materiellen Leistungen zur Ausrüstung und Führung der Revolutionstruppen. Diese damals allgemein geübte Praxis der Belohnung des patriotischen Eifers brachte implizite durch die Besitzverlagerung die materielle Schwächung ehemaliger oder noch vorhandener Parteigänger der spanischen Krone. Der für seine Verdienste entschädigte und belohnte Mann sollte auch nach dem Jahre 1826 weiter ein treuer Parteigänger des jungen Vaterlandes sein; an *Petroleumfunde* auf dieser Hazienda *dachte damals noch niemand*. Erst im Jahre 1861 wurde selbst in den USA die erste moderne Erdölbohrung der Welt von Colonel Drake gemacht. Dann aber bald schon legte der ehemalige Presbyterianerküster John D. Rockefeller die bescheidenen Anfänge der heute weltumspannenden Standard Oil Company. Inzwischen, rund fünfzig Jahre nach der Haziendaschenkung, wurde auf diesem Landgut Erdöl gefunden, und zum erstenmal stellte sich bald die Frage der Bergrechte. Im Brennpunkt der allgemeinen Frage der Bergrechte in Peru – und in Lateinamerika überhaupt – gibt es *zwei grundsätzlich ganz verschiedene Rechtsauffassungen*: 1. Nach altspanischer Rechtsgewohnheit gehört dem Grundstückbesitzer nur die unmittelbare Oberfläche des Bodens, das Erdinnere und damit besonders die Bodenschätze sind Kronbesitz der Regierung. 2. Nach englischer Rechtsvorstellung gehört das Land dem Besitzer «von der Hölle bis zum Himmel»; es gehören dem Landbesitzer also auch die eventuellen Bodenschätze. Wenn man für die Rechtslage der fraglichen «Petroleumhazienda» annimmt, daß die ursprüngliche Verfassung des jungen Peru sich darüber nicht ausspricht, müßte das Gewohnheitsrecht besonderes Gewicht haben. Das wäre in diesem Falle die spanische Tradition, die peruanische Republik aber wiederum war ja kurz zuvor im Kampfe gegen die spanische Krone und ihre Privilegien frei geworden. Was die Verfassungslage weiter anbetrifft, hat übrigens Peru vor seiner heute gültigen Verfassung vom Jahre 1950 vorher in 125 Jahren Unabhängigkeit noch 19 andere Verfassungen nacheinander gehabt, Wahrzeichen vehement bewegter Innenpolitik. Doch nun weiter zur Geschichte der 1665 Quadratkilometer petroleumfündigen Landes. Im Jahre 1888 wurde

die Hazienda an die englische «*London & Pacific Petroleum Company*» verkauft, welche in der Folge die Erdölförderung in Peru in Gang setzte. In der Regierungszeit des peruanischen Präsidenten *Augusto B. Leguía* (1908 bis 1912) wurde erstmals offiziell das Problem akut, daß dem Staat für die Erdöl- ausbeute auch Regalien und Steuern zu entrichten wären. Die für damals noch natürliche Folge von solchen Forderungen waren gewaltsame Regierungs- wechsel und politische Wirren. Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges mit dem existenzwichtigen englisch-amerikanischen Erdölbedarf konnten die Peruaner aber dann doch beschränkte Zusagen erwirken. Und so wurde im Jahre 1918 das Problem, auf die Frage der verwirkten Steuerabgaben reduziert, einem internationalen Schiedsgericht ad hoc unterbreitet mit Sitz in Paris. Der da- malige Präsident des schweizerischen Bundesgerichtes hatte den Vorsitz. Mit Entscheid dieses internationalen Schiedsgerichtes vom 22. April 1922 erhielt der peruanische Staat eine Abfindung von 1 Million Dollar zugesprochen. Da- mit sollte alles ausgeglichen sein, was bisher war, und für die nächsten fünfzig Jahre sollte der Staat zwar bescheidene, aber immerhin spezielle Steuern von der peruanische Staat eine Abfindung von 1 Million Dollar zugesprochen. Da- fünfzig Jahren sollte Peru souverän die unbeschränkte Steuerhoheit auch über die Petroleumkompagnien besitzen. Wenn auch ad calendas in einem halben Jahrhundert, hatte das internationale Schiedsgericht trotz der einschränken- den Fragestellung im Prinzip eigentlich damals schon dem peruanischen Standpunkt recht gegeben. Beide Parteien nahmen damals den Schiedsspruch an. Beide Seiten reservierten sich aber auch sofort ihre grundsätzlichen Vor- behalte. Der damalige Schiedsspruch, im Geist der damaligen Zeit gesprochen und von Peru in der Not der Zeiten akzeptiert, wird natürlich heute von den Peruanern schärfstens kritisiert. In den jetzigen Abolitionsverhandlungen des peruanischen Parlamentes erklärte der Deputierte Echeverría Maurta: «Peru ignoriert nicht etwa einfach internationale Abkommen. Der Schiedsgerichts- entscheid von 1922 kann aber rechtlich nicht existieren, weil er Diebstahl be- deutet.» Eine solche Feststellung ist für den in Lateinamerika heute aus- gewachsenen Nationalismus typisch und enthüllt im Argument natürlich eine Dynamisierung des internationalen Rechts, eine Dynamisierung, welche zwar schon längst Bestandteil des Zivilrechtes aller zivilisierten Staaten selbst ist.

Nach der Verwirklichung des internationalen Schiedsspruches von 1922 kaufte im Jahre 1924 die amerikanische International Petroleum Corporation (Standard Oil Company, New Jersey) die peruanischen Interessen der eng- lischen London & Pacific Company, nachdem vorher schon die Ausbeute von deren Besitz in Peru seit dem Jahre 1912 auf Grund eines Pachtvertrages von der amerikanischen Gesellschaft betrieben worden war. Von 1924 an ruhte der Streit sieben fette Jahre, bis 1931 die damalige peruanische Regierung eine Revision des Schiedsgerichtsspruches anstrebte. 1932 ermächtigte der perua-

nische Kongreß den Präsidenten der Exekutive erneut, diese Revision anzustreben. In der Folge wollte aber praktisch kein peruanischer Präsident mehr «das heiße Eisen dieser Revision anfassen», keiner wollte sich «der Petroleumbombe unter der peruanischen Exekutive nähern», das explosive Problem blieb unentschärft. Um den oft so weisen Volksmund zu zitieren, dazu gehörte ja auch ein Schmied und nicht ein Schmiedli oder wie man in Lateinamerika sagt: «Donde hay patrón, no manda marinero.» Der *Streitwert* war natürlich keineswegs stationär, und bis 1963 waren die Investitionen der International Petroleum Corporation in Peru inzwischen nach amerikanischen Angaben auf 180 Millionen Dollar angewachsen. So betrachtet war die damalige Abfindung von einer Million Dollar sicher nicht fair gewesen. Nach offizieller peruanischer Berechnung und Auffassung sollen dem Staat in den vergangenen 65 Jahren über 200 Millionen Dollar an Steuern und Regalien vorenthalten worden sein. Damit hat man in Peru aber auch schon bereits Kampfposition bezogen für die zukünftigen Entschädigungsverhandlungen.

Die peruanische Resurrektion

Bei seiner Amtseinssetzung, am 28. Juli 1963, versprach der neue Präsident von Peru, Architekt *Fernando Belaúnde Terry*, in seiner ersten Regierungserklärung im Kongreß unter anderem, er werde dem Parlament innert 90 Tagen ein Gesetz unterbreiten, welches die Souveränität Perus in der Erdölfrage wieder herstelle. Diese Forderung war schon im Wahlkampf eine wichtige Parole des Präsidenten gewesen und war früher schon in seinem Buch «Die Eroberung Perus für die Peruaner» ausführlich und richtungsweisend behandelt worden. Wenn also die großen amerikanischen Zeitungen, unter anderen sogar auch die liberale «New York Times», im Oktober 1963 noch unisono schrieben, «man warte gespannt auf den nach 90 Tagen fälligen Entscheid des neuen peruanischen Präsidenten in der Petroleumfrage und auf seine Richtung», war dies für etwas Eingeweihte entweder einfach unverständlich oder man mußte schließen, daß vielleicht hinter den Kulissen großmächtige Schiebeversuche zur Verletzung des Volkswillens noch einmal versucht würden. Die so oder so mangelhaften Informationen waren aber auch tendenziös, enthielten sie doch durchweg interessierte Bemerkungen, ja dunkle Drohungen, wie zum Beispiel in der zitierten «New York Times»: «Das Interesse an der Entscheidung der peruanischen Administration zur Lösung der Kontroverse geht weit über die Kompagnie und die Ölindustrie hinaus. Ausländische und peruanische Kapitalisten (investors) erwarten das Resultat als Kennzeichen für die Anschauungen von Präsident Belaúnde gegenüber dem privaten Unternehmertum und der wirtschaftlichen Entwicklung.» Die zitierten Stimmungsmachen im amerikanischen Blätterwald sind aber besonders deutlich schon darauf angelegt, die amerikanische Regierung selbst in der

peruanischen Petroleumfrage unter Druck zu setzen. 1964 ist bekanntlich für Präsident Johnson Neuwahljahr! Denn das Werweißen der amerikanischen Presse um die Anschauungen des neuen peruanischen Präsidenten zu «privatem Unternehmertum und wirtschaftlicher Entwicklung» scheinen nur oberflächlich betrachtet gegen Peru gezielt. Man sagt Peru und meint die Kennedy-Administration, die «New Frontiers». Die Vorgeschichte der Wahl von Präsident Fernando Belaúnde Terry beweist dies schlüssig. Und eigentlich kann man den lateinamerikanischen «Modellfall der peruanischen Petroleumnationalisierung» auch nur im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung in Peru überhaupt verstehen.

Vorgeschichte und Bedeutung der peruanischen Regierung Belaúnde

Bis 1963 herrschten in Peru einfach *semi-feudale Zustände* in Wirtschaft und Gesellschaft. «Semi», die Einschränkung, bezieht sich darauf, daß nicht etwa ein Monarch zusammen mit seinem Adel das Land beherrschte, sondern daß eine kleine Schicht von ererbten reichen Familien zusammen mit dem hohen Klerus als *Oligarchen* mit jeweils einem von ihnen als Präsidialspitze des Staates funktionierte. Das heute noch gültige, restriktive peruanische Wahlgesetz beschränkte das Wahlrecht auf Männer und Frauen von über 21 Jahren, welche lesen und schreiben können. Und dies in einem Lande, dem die Unesco offiziell rund 53 Prozent der Bevölkerung als Analphabeten attestiert. Durch weitere einschränkende Schikanen für Einschreibung und Stimmabgabe wird der Wahlzettel noch einmal künstlich heruntergedrückt. Von den total über 10 Millionen Einwohnern Perus waren 1962 nur 2,2 Millionen als wahlberechtigt eingeschrieben, und es haben nur 1,6 Millionen wirklich gestimmt. Das war in den letzten drei Jahrzehnten die künstliche, demokratisch-zivilisierte Fassade zur oberflächlichen Verdeckung der antiquierten peruanischen Gesellschaft und ihres entsprechenden Staates. Der Rest war Laviererei, oft rohe Gewaltanwendung mit konsequent immer rasch nachfolgender Kompromißbereitschaft mit den Tribunen der großen Volksmassen, besonders mit der APRA-Partei und ihrem Führer *Victor Haya de la Torre*. Zuletzt noch hatte Peru in Ing. *Manuel Prado y Ugarteche* von 1956 bis 1962 einen verfassungsmäßigen Präsidenten, der noch einmal die alte Privilegienordnung so lange und so weit wie möglich erhalten wollte, der aber mit Worten und demagogischen Taten bereits dem übermächtigen «Druck von unten» Rechnung trug. Das gleiche gilt weitgehend auch schon für seinen Vorgänger, General *Manuel O. Odria*, der Peru diktatorisch von 1950 bis 1956 als Präsident regiert hatte. Schon von 1956 bis 1962 wußten sich fast alle politisch urteilsfähigen Peruaner mit der allgemeinen Volksstimmung darin einig, daß das Wahlsystem nur überholte Privilegien konservierte. Man wußte auch, daß bei jedem noch so künstlich beschränkten Wahlsystem nur ein Präsidenten-

kandidat sauber gewählt werden konnte, der ein Programm der nationalen Regenerierung und der sozialen Gerechtigkeit vertrat. Präsident Prado noch übernahm es einsichtig, über sich selbst hinauswachsend, für die Neuwahlen eine friedliche Entwicklung dadurch abzusichern, daß er durch offizielle Förderung der gegnerischen Volkspartei APRA und von deren durch die vielen faulen Kompromisse auch stark angeschlagenen Führer, Victor Haya de la Torre, als Präsidentschaftskandidat, die «Opposition des Volkes» festband. Expräsident General Manuel A. Odria übernahm es 1962, auch wiederum als Präsidentschaftskandidat zu figurieren und mit seiner Personalpartei, den «Odristas», als Motor und legale Sammlungsmöglichkeit die sehr angewachsenen, schlagbereiten «nasseristischen Offizierskader» der jungen Generation an sich und die bestehende Staatsordnung zu verpflichten. In dieser Situation stellte eine Sammlung von «Unzufriedenen mit der Tradition der faulen Kompromisse», als Partei «Acción Popular», den Architekten *Fernando Belaúnde Terry* als weiteren Präsidentschaftskandidaten auf. Resultat der Wahlen vom 9. Juni 1962: Victor de la Torre 558 346 Stimmen, Fernando Belaúnde Terry 544 528 Stimmen, Exdiktator Manuel M. Odria 428 289 Stimmen. 62 146 Stimmen entfielen dazu auf drei weitere Kandidaten von Splitterparteien. Kein Kandidat erreichte die Zahl von mehr als einem Drittel der Stimmen, welche zum direkten Wahlsieg notwendig waren. Die Zusammensetzung der vereinigten Parlamentskammern, welche nach Verfassung in dieser Situation die Stichwahl treffen sollten, ließ einen Entscheid zugunsten der APRA-Volkspartei, von Victor Haya de la Torre, erwarten. Kurz vor dieser Stichwahl putschte am 18. Juli 1962 die Armee, übernahm mit einer Militärjunta die Macht und löste das Parlament auf. Dabei – und dies muß besonders betont werden – ging es den Militärs nun nicht mehr darum, die überfälligen sozialen Reformen zu hintertreiben. Man wollte nur nicht die APRA-Volkspartei unter Führung von Victor Haya de la Torre an die Macht lassen. Denn die Armee hatte früher im politischen Kampfe zu viele APRA-Leute umgebracht, um jetzt nicht um die Institution als solche besorgt sein zu müssen. Man glaubte diesbezüglich mehr an die Urkraft des vergossenen Blutes als an die beschworenen Kompromisse zur nationalen Einheit und Erneuerung. Da wollte man Sicherheit haben in der begründeten Angst des schlechten Gewissens. Nach einem Jahr waren auf energischen amerikanischen Druck der Kennedy-Administration hin wieder neue Präsidentenwahlen, diesmal unter Militärjuntaaufsicht. Damit waren auch keine Klagen über etwaige Wahlbetrüge mehr möglich von seiten der Militärs. Die drei wichtigen Kandidaten waren wiederum die gleichen. Zentrale Punkte des Wahlprogramms von Fernando Belaúnde Terry waren: «Zentral geplante Wirtschaft zur Entwicklung des Landes, Einsatz der Armee für wirtschaftliche Aufgaben ebenfalls zur Entwicklungsförderung, Kompromißlosigkeit im Hauptziel der «Eroberung Perus für

die Peruaner» im umfassenden Sinn der Worte. Victor Haya de la Torre kandidierte wiederum mit dem schon traditionellen Sozialprogramm seiner APRA-Partei, und General Manuel A. Odria rekapitulierte die gleichen Kataloge, nur durch forschen Ton abgestimmt auf die vielen «nasseristischen» jungen Offiziere in seinem Anhang. Resultat: Fernando Belaúnde Terry 708 622 Stimmen, Victor Haya de la Torre 623 501 Stimmen, Manuel A. Odria 483 085 Stimmen. Als verfassungsmäßiger Präsident für sechs Jahre direkt gewählt Architekt *Fernando Belaúnde Terry*.

Die Rolle der Kennedy-Regierung in der peruanischen Neuordnung

Im Wahlkampf des Jahres 1962 hatte die USA-Regierung durch ihren Botschafter *James Loeb jun.* (1941 bis 1951 Sekretär der Organisation «Americans for Democratic Action») sichtbar die APRA-Formel Victor Haya de la Torres unterstützt und gefördert. Der zweite Wahlgang unter der Militärjunta kam überhaupt nur so relativ rasch zum Austrag, weil die USA ihre Anerkennung und Wirtschaftshilfe von baldigen Wahlen zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände abhängig machte. Präsident Kennedy gratulierte tatsächlich am 28. Juli 1963 dem neuen Präsidenten von Peru, Fernando Belaúnde Terry, besonders herzlich zur Amtsübernahme. Und dies noch verstärkt und energisch sekundierte vom amerikanischen Senator Hubert Humphrey, der Präsident Belaúnde bei der Amtsübernahme «die energische Unterstützung des Kongresses und der Regierung der USA» versprach bei seinen Bemühungen zur Verwirklichung der «Allianz für den Fortschritt» in Peru. Kurz, zumindest die Kennedy-Administration hat zum voraus genau gewußt, was von der neuen peruanischen Regierung zu erwarten war und bald noch zu erwarten sein wird. Nämlich die energische Inangriffnahme der historisch überfälligen Reformen in Peru. Und diese sind speziell Steuerreform inklusive Bergbau-reform, Agrarreform zur Liquidierung der Latifundienordnung, Erziehungsreform zur Beseitigung des entwickelungshemmenden Analphabetismus und last not least Demokratisierung der Armee. Wohl darum auch kann jetzt die peruanische Regierung, vom Parlament und der nationalen Einmütigkeit gut gedeckt, mit Ruhe die ambivalenten Meldungen über die Vorgänge in der peruanischen Petroleumindustrie hinnehmen. Für die «Allianz für den Fortschritt» der USA mit Lateinamerika wiederum sind neben den Worten von Präsident Kennedy vor allem seine Taten entscheidend. Seine Taten gegenüber dem neuen Peru aber sind objektiv gesehen so fortschrittlich, daß sie dem amerikanischen Big Business zwar verständlich, aber in vielem bekämpfungswert erscheinen müssen. Der Schritt von der traditionellen amerikanischen Lateinamerikapolitik des «Big Stick», des großen Prügels, zur modernen «Wohlfahrts-Außenpolitik» der guten Nachbarschaft ist eben riesengroß, und mächtige Interessen sind mit dabei im Spiel. Die Johnson-Regierung muß viel-

leicht wegen der Wahlprobleme in den USA selbst für 1964 lavierem, sie wird aber von ihrer Lateinamerika-Politik der guten Nachbarschaft schon im Rahmen ihrer weltweiten Strategie nicht abweichen können. Vielleicht brauchen die USA aber für echte Erfolge ihrer fortschrittlichen Bemühungen bald einmal auch selbst eine Pressereform, damit auch dort weniger das Geld und mehr der brüderliche Menschenverstand weit verbreitet schreiben kann. Denn zurzeit wird das amerikanische Volk über die besten Taten seiner Regierung einfach wenig objektiv orientiert. Nur so ist das einmalige Bemühen der großen amerikanischen Presse verständlich, die amerikanische Regierung in Gegensatz zu ihren eigenen, echten Erfolgen in Lateinamerika zu bringen. Denn schließlich hätte die Entwicklung in Peru ja auch schief und auf kubanisch verlaufen können.

Die Eroberung Perus durch die Peruaner

Denn es ist zweifellos ein echter Erfolg, wenn in Peru bei den geschilderten Voraussetzungen die verfassungsmäßige Regierung ihr soziales Wahlprogramm in der Macht durch entsprechende Regierungsmaßnahmen zur nationalen Erneuerung verwirklicht. Denn damit regeneriert sich die peruanische Politik vom Tiefstand südamerikanischer Demagogie zu moralischer Respektabilität gesellschaftlicher Führungskraft. Die von der peruanischen Regierung und ihrer Opposition dort in noch nie dagewesener nationaler Einigkeit vollzogene Maßnahme der Petroleumnationalisierung ist erst ein Anfang. Die überfällige Agrarreform, die Landverteilung und Beseitigung des Agrarfeudalismus, ist aber auch schon im Anlaufen. Ob die Armee bald demokratisiert und zu produktiven Kolonisierungsaufgaben geleitet werden kann, ist abzuwarten. Geistig ist leider die Koalition der aktiven politischen Kräftegruppen des Landes noch von einem schwerwiegenden Tabu überschattet. Man hat stillschweigend die *Wahlreform* und damit die Einführung eines wirklich demokratischen, allgemeinen Wahlrechts auf wer weiß wann einmal verschoben. Dieses «Rührenichtdaran» der Wahlentmündigung der großen Volksmassen muß aber auch bald überwunden werden, wenn allfällige explosive Eruptionen in der zukünftigen peruanischen Politik verhindert werden sollen. Die Verwirklichung von demokratischer Ordnung in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Lateinamerika ist eine Pionieraufgabe, riesig groß, weitreichend und lockend und vielleicht moralisch noch größer wie die historische Ausbreitung der europäischen Siedler über den amerikanischen Kontinent. Voran immer weiter nach Westen zogen die nordamerikanischen Pioniere. Voran, immer weiter nach innen und oben ist die Aufgabe und das große Abenteuer der lateinamerikanischen Völker in unserer Zeit zu ihrer Selbstverwirklichung als moderne Wohlfahrtsstaaten.